

(Umsetzung von Art. 123c BV)

Änderung vom ...

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom ...¹,
beschliesst:*

I

Die nachstehenden Bundesgesetze werden wie folgt geändert:

1. Strafgesetzbuch²

Art. 19 Abs. 3

³ Es können indessen Massnahmen nach den Artikeln 59–61, 63, 64, 67 Absätze 1 und 2, 67b und 67e StGB getroffen werden.

Art. 67 Abs. 2^{bis}, 3, 4, 4^{bis}, 4^{ter}, 5–7

^{2bis} Das Gericht kann das Verbot nach Absatz 2 lebenslänglich verhängen, wenn zu erwarten ist, dass die Dauer von zehn Jahren nicht ausreicht, damit vom Täter keine Gefahr mehr ausgeht. Es kann ein zeitlich befristetes Verbot nach Absatz 2 auf Antrag der Vollzugsbehörde jeweils um höchstens fünf Jahre verlängern, wenn dies notwendig ist, um den Täter von weiteren Verbrechen und Vergehen, wie sie Anlass für das Verbot waren, abzuhalten.

³ Wird jemand wegen einer der nachfolgenden Straftaten zu einer Strafe verurteilt oder gegen ihn eine Massnahme nach den Artikeln 59–61, 63 oder 64 angeordnet, so verbietet ihm das Gericht lebenslänglich jede berufliche und jede organisierte ausserberufliche Tätigkeit, die einen regelmässigen Kontakt zu Minderjährigen umfasst:

- a. Menschenhandel (Art. 182), sofern er die Straftat zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung an einem minderjährigen Opfer begangen hat;

¹ BBl 2012 ...
² SR 311.0

- b. sexuelle Handlungen mit Kindern (Art. 187), sexuelle Handlungen mit Abhängigen (Art. 188) oder sexuelle Handlungen mit Minderjährigen gegen Entgelt (Art. 196);
- c. sexuelle Nötigung (Art. 189), Vergewaltigung (Art. 190), Schändung (Art. 191), sexuelle Handlungen mit Anstaltspflegerinnen, Gefangenen, Beschuldigten (Art. 192), Ausnützung der Notlage (Art. 193), Exhibitionismus (Art. 194), Förderung der Prostitution (Art. 195) oder sexuelle Belästigungen (Art. 198), sofern er die Straftat an oder vor einem minderjährigen Opfer begangen hat;
- d. Pornografie (Art. 197):
 - 1. nach Artikel 197 Absatz 1 oder 3;
 - 2. nach Artikel 197 Absatz 4 oder 5, sofern die Gegenstände oder Vorführungen sexuelle Handlungen mit Minderjährigen zum Inhalt hatten.

⁴ Wird jemand wegen einer der nachfolgenden Straftaten, begangen an oder vor einem volljährigen, besonders schutzbedürftigen Opfer, zu einer Strafe verurteilt oder gegen ihn eine Massnahme nach den Artikeln 59–61, 63 oder 64 angeordnet, so verbietet ihm das Gericht lebenslänglich jede berufliche und jede organisierte ausserberufliche Tätigkeit, die einen regelmässigen Kontakt zu volljährigen, besonders schutzbedürftigen Personen umfasst:

- a. Menschenhandel (Art. 182) zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung;
- b. sexuelle Nötigung (Art. 189), Vergewaltigung (Art. 190), Schändung (Art. 191), sexuelle Handlungen mit Anstaltspflegerinnen, Gefangenen, Beschuldigten (Art. 192), Ausnützung der Notlage (Art. 193), Exhibitionismus (Art. 194), Förderung der Prostitution (Art. 195), Pornografie (Art. 197 Abs. 2 erster Satz, Abs. 4 und 5) oder sexuelle Belästigungen (Art. 198).

^{4bis} Wird jemand wegen einer der nachfolgenden Straftaten, begangen an oder vor einem volljährigen, nicht besonders schutzbedürftigen Opfer, das zum Widerstand unfähig oder urteilsunfähig war oder sich aufgrund einer körperlichen oder psychischen Abhängigkeit nicht zur Wehr setzen konnte, zu einer Strafe verurteilt oder gegen ihn eine Massnahme nach den Artikeln 59–61, 63 oder 64 angeordnet, so verbietet ihm das Gericht lebenslänglich jede berufliche und jede organisierte ausserberufliche Heil- und Pflegetätigkeit:

- a. Menschenhandel (Art. 182) zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung;
- b. sexuelle Nötigung (Art. 189), Vergewaltigung (Art. 190), Schändung (Art. 191), sexuelle Handlungen mit Anstaltspflegerinnen, Gefangenen, Beschuldigten (Art. 192), Ausnützung der Notlage (Art. 193), Exhibitionismus (Art. 194), Förderung der

Prostitution (Art. 195), Pornografie (Art. 197 Abs. 2 erster Satz, Abs. 4 oder 5) oder sexuelle Belästigungen (Art. 198).

Variante 1:

^{4ter} Das Gericht kann in leichten Fällen von der Anordnung eines Tätigkeitsverbotes nach den Absätzen 3–4^{bis} absehen, wenn ein solches Verbot offensichtlich weder notwendig noch zumutbar ist. Bei Menschenhandel (Art. 182), sexueller Nötigung (Art. 189), Vergewaltigung (Art. 190), Schändung (Art. 191) oder Förderung der Prostitution (Art. 195) darf von einem Tätigkeitsverbot nicht abgesehen werden.

Variante 2:

^{4ter} *Streichen*

⁵ Wird der Täter im selben Verfahren wegen mehrerer Straftaten zu einer Strafe oder Massnahme verurteilt, so legt das Gericht fest, welche Strafe oder Massnahme auf eine Straftat entfällt, die ein Tätigkeitsverbot nach sich zieht. Diese Strafe oder Massnahme sowie die Straftat sind massgebend dafür, ob ein Tätigkeitsverbot nach Absatz 1, 2, 3, 4 oder 4^{bis} verhängt wird. Die Strafanteile für mehrere einschlägige Straftaten werden addiert. Es können mehrere Tätigkeitsverbote verhängt werden.

⁶ Das Gericht kann für die Dauer der Verbote Bewährungshilfe anordnen. Es ordnet in jedem Fall Bewährungshilfe an, wenn ein Verbot nach Absatz 3, 4 oder 4^{bis} verhängt worden ist.

⁷ *Aufgehoben*

Art. 67a Abs. 4, 5 und 6

⁴ Die Verbote nach Artikel 67 Absätze 3, 4 und 4^{bis} umfassen immer die ganze Tätigkeit.

⁵ Als Tätigkeiten mit regelmässigem Kontakt zu Minderjährigen oder zu anderen besonders schutzbedürftigen Personen gelten:

- a. Tätigkeiten, die direkt und spezifisch gegenüber Minderjährigen oder anderen besonders schutzbedürftigen Personen ausgeübt werden, namentlich:
 1. Lehren oder Unterrichten,
 2. Erziehung oder Beratung,
 3. Betreuung oder Aufsicht,
 4. Pflege,
 5. körperliche Untersuchung oder Behandlung,
 6. psychologische Untersuchung oder Behandlung,
 7. Verpflegung,

8. Transport,
9. direkter Verkauf oder Verleih oder direkte Vermittlung von spezifisch für die Bedürfnisse von Minderjährigen oder anderen besonders schutzbedürftigen Personen bestimmten Objekten;
- b. andere Tätigkeiten, die vor allem oder wiederholt in Einrichtungen ausgeübt werden, die Dienstleistungen nach Buchstabe a anbieten; ausgenommen sind Tätigkeiten, bei denen örtlich oder zeitlich sichergestellt ist, dass kein Kontakt zu Minderjährigen oder anderen besonders schutzbedürftigen Personen stattfinden kann.

⁶ Als besonders schutzbedürftig gelten Personen, die aufgrund ihres Alters, einer Krankheit oder einer langfristigen körperlichen oder psychischen Beeinträchtigung bei alltäglichen Verrichtungen oder ihrer Lebensführung auf fremde Hilfe angewiesen sind.

Art. 67c Abs. 5 Bst. c–d, Bst. e, 6 und 6^{bis}

⁵ Der Täter kann bei der zuständigen Behörde um eine inhaltliche oder zeitliche Einschränkung oder um die Aufhebung des Verbots ersuchen:

- c. *Aufgehoben*
- d. bei einem lebenslänglichen Verbot nach Artikel 67 Absatz 2: nach zehn Jahren des Vollzugs;
- e. bei einem Verbot nach Artikel 67 Absatz 3, 4 oder 4^{bis}:
 1. wenn das Tätigkeitsverbot aufgrund einer Verurteilung gestützt auf Artikel 194, 197 Absatz 2 erster Satz oder 198 angeordnet wurde: nach drei Jahren des Vollzugs;
 2. wenn das Tätigkeitsverbot aufgrund einer Verurteilung gestützt auf Artikel 187 Ziffer 1 oder 4, 188, 192, 193, 196 oder 197 Absatz 1, 3, 4 oder 5 verhängt wurde, für die der Täter zu einer Strafe von bis zu 6 Monaten Freiheitsstrafe oder 180 Tagessätzen Geldstrafe verurteilt worden ist: nach zehn Jahren des Vollzugs;
 3. in den übrigen Fällen: nach fünfzehn Jahren des Vollzugs.

^{6bis} Ist der Täter pädophil im Sinne der Psychiatrie, so darf das Verbot in einem Fall nach Absatz 5 Buchstabe e nicht aufgehoben werden. Die zuständige Behörde stützt sich bei ihrem Entscheid auf das Gutachten eines unabhängigen Sachverständigen.

Art. 369 Abs. 4^{quater}, 4^{quinquies} und 6 Bst. a

^{4quater} Urteile, die ein Verbot nach Artikel 67 Absätze 2, 3–4^{bis} oder nach Artikel 67b dieses Gesetzes oder nach Artikel 50 Absätze 2, 3–

^{4bis} oder 50b MStG allein enthalten, werden von Amtes wegen nach zehn Jahren entfernt.

^{4quinquies} Urteile, die ein Verbot nach Artikel 16a JStG allein enthalten, werden von Amtes wegen nach sieben Jahren entfernt.

⁶ Der Fristenlauf beginnt:

- a. bei Urteilen nach den Absätzen 1, 3, ^{4ter}, ^{4quater} und ^{4quinquies}; mit dem Tag, an dem das Urteil rechtskräftig wird;

Art. 369a erster Satz

Urteile, die ein Verbot nach Artikel 67 Absätze 2, 3–^{4bis} oder nach Artikel 67b dieses Gesetzes, nach Artikel 50 Absätze 2, 3–^{4bis} oder 50b MStG³ oder nach Artikel 16a JStG⁴ enthalten, werden von Amtes wegen entfernt, wenn über das Ende des Verbots hinaus zehn Jahre verstrichen sind.

Art. 371a Abs. 1 und 3 Bst. a

¹ Wer sich für eine berufliche oder eine organisierte ausserberufliche Tätigkeit, die einen regelmässigen Kontakt mit Minderjährigen oder mit anderen besonders schutzbedürftigen Personen oder eine Heil- und Pfl egetätigkeit umfasst, bewirbt oder eine solche Tätigkeit ausübt, kann einen ihn betreffenden Sonderprivatauszug aus dem Strafregister anfordern.

³ Im Sonderprivatauszug erscheinen:

- a. Urteile, die ein Tätigkeitsverbot nach Artikel 67 Absätze 2, 3–^{4bis} dieses Gesetzes oder nach Artikel 50 Absätze 2, 3–^{4bis} MStG⁵ enthalten;

2. Militärstrafgesetz vom 13. Juni 1927⁶

Ingress

gestützt auf die Artikel 60 Absatz 1 und 123 Absätze 1 und 3 der Bundesverfassung⁷,

³ SR 321.0

⁴ SR 311.1

⁵ SR 321.0

⁶ SR 321.0

⁷ SR 101

Art. 50 Abs. 2^{bis}, 3, 4, 4^{bis}, 4^{ter}, 5–7

^{2bis} Das Gericht kann das Verbot nach Absatz 2 lebenslänglich verhängen, wenn zu erwarten ist, dass die Dauer von zehn Jahren nicht ausreicht, damit vom Täter keine Gefahr mehr ausgeht. Es kann ein zeitlich befristetes Verbot nach Absatz 2 auf Antrag der Vollzugsbehörde jeweils um höchstens fünf Jahre verlängern, wenn dies notwendig ist, um den Täter von weiteren solchen Verbrechen und Vergehen, wie sie Anlass für das Verbot waren, abzuhalten.

³ Wird jemand wegen einer der nachfolgenden Straftaten zu einer Strafe verurteilt oder gegen ihn eine Massnahme nach den Artikeln 59–61, 63 oder 64 des Strafgesetzbuchs⁸ angeordnet, so verbietet ihm das Gericht lebenslänglich jede berufliche und jede organisierte ausserberufliche Tätigkeit, die einen regelmässigen Kontakt zu Minderjährigen umfasst:

- a. sexuelle Nötigung (Art. 153), Vergewaltigung (Art. 154), Schändung (Art. 155), Ausnützung der militärischen Stellung (Art. 157), Exhibitionismus (Art. 159), sexuelle Belästigungen (Art. 159a), sofern er die Straftat an oder vor einem minderjährigen Opfer begangen hat;
- b. sexuelle Handlungen mit Kindern (Art. 156).

⁴ Wird jemand wegen einer der nachfolgenden Straftaten, begangen an oder vor einem volljährigen, besonders schutzbedürftigen Opfer, zu einer Strafe verurteilt oder gegen ihn eine Massnahme nach den Artikeln 59–61, 63 oder 64 des Strafgesetzbuchs angeordnet, so verbietet ihm das Gericht lebenslänglich jede berufliche und jede organisierte ausserberufliche Tätigkeit, die einen regelmässigen Kontakt zu volljährigen besonders schutzbedürftigen Personen umfasst: sexuelle Nötigung (Art. 153), Vergewaltigung (Art. 154), Schändung (Art. 155), Ausnützung der militärischen Stellung (Art. 157), Exhibitionismus (Art. 159), sexuelle Belästigungen (Art. 159a).

^{4bis} Wird jemand wegen einer der nachfolgenden Straftaten, begangen an oder vor einem volljährigen, nicht besonders schutzbedürftigen Opfer, das zum Widerstand unfähig oder urteilsunfähig war oder sich aufgrund einer körperlichen oder psychischen Abhängigkeit nicht zur Wehr setzen konnte, zu einer Strafe verurteilt oder gegen ihn eine Massnahme nach den Artikeln 59–61, 63 oder 64 des Strafgesetzbuchs angeordnet, so verbietet ihm das Gericht lebenslänglich jede berufliche und jede organisierte ausserberufliche Heil- und Pflegetätigkeit: sexuelle Nötigung (Art. 153), Vergewaltigung (Art. 154), Schändung (Art. 155), Ausnützung der militärischen Stellung (Art. 157), Exhibitionismus (Art. 159), sexuelle Belästigungen (Art. 159a).

Variante 1:

^{4ter} Das Gericht kann in leichten Fällen von der Anordnung eines Tätigkeitsverbotes nach den Absätzen 3–4^{bis} absehen, wenn ein solches Verbot offensichtlich weder notwendig noch zumutbar ist. Bei sexueller Nötigung (Art. 153), Vergewaltigung (Art. 154) und Schändung (Art. 155) darf von einem Tätigkeitsverbot nicht abgesehen werden.

Variante 2:

^{4ter} *Streichen*

⁵ Wird der Täter im selben Verfahren wegen mehrerer Straftaten zu einer Strafe oder Massnahme verurteilt, so legt das Gericht fest, welche Strafe oder Massnahme auf eine Straftat entfällt, die ein Tätigkeitsverbot nach sich zieht. Diese Strafe oder Massnahme sowie die Straftat sind massgebend dafür, ob ein Tätigkeitsverbot nach Absatz 1, 2, 3, 4 oder 4^{bis} verhängt wird. Die Strafanteile für mehrere einschlägige Straftaten werden addiert. Es können mehrere Tätigkeitsverbote verhängt werden.

⁶ Das Gericht kann für die Dauer der Verbote Bewährungshilfe anordnen. Es ordnet in jedem Fall Bewährungshilfe an, wenn ein Verbot aufgrund einer Straftat nach Absatz 3, 4 oder 4^{bis} verhängt worden ist.

⁷ *Aufgehoben*

Art. 50a Abs. 4, 5 und 6

⁴ Die Verbote nach Artikel 50 Absätze 3, 4 und 4^{bis} umfassen immer die ganze Tätigkeit.

⁵ Als Tätigkeiten mit regelmässigem Kontakt zu Minderjährigen oder zu anderen besonders schutzbedürftigen Personen gelten:

- a. Tätigkeiten, die direkt und spezifisch gegenüber Minderjährigen oder anderen besonders schutzbedürftigen Personen ausgeübt werden, namentlich:
 1. Lehren oder Unterrichten,
 2. Erziehung oder Beratung,
 3. Betreuung oder Aufsicht,
 4. Pflege,
 5. körperliche Untersuchung oder Behandlung,
 6. psychologische Untersuchung oder Behandlung,
 7. Verpflegung,
 8. Transport,
 9. direkter Verkauf oder Verleih oder direkte Vermittlung von spezifisch für die Bedürfnisse von Minderjährigen oder anderen besonders schutzbedürftigen Personen bestimmten Objekten;

- b. andere Tätigkeiten, die vor allem oder wiederholt in Einrichtungen ausgeübt werden, die Dienstleistungen nach Buchstabe a anbieten; ausgenommen sind Tätigkeiten, bei denen örtlich oder zeitlich sichergestellt ist, dass kein Kontakt zu Minderjährigen oder anderen besonders schutzbedürftigen Personen stattfinden kann.

⁶ Als besonders schutzbedürftig gelten Personen, die aufgrund ihres Alters, einer Krankheit oder einer langfristigen körperlichen oder psychischen Beeinträchtigung bei alltäglichen Verrichtungen oder ihrer Lebensführung auf fremde Hilfe angewiesen sind.

Art. 50c Abs. 5 Bst. c–d, Bst. e 6 und 6^{bis}

⁵ Der Täter kann bei der zuständigen Behörde um eine inhaltliche oder zeitliche Einschränkung oder um die Aufhebung des Verbots ersuchen:

- c. *Aufgehoben*
- d. bei einem lebenslänglichen Verbot nach Artikel 50 Absatz 2: nach zehn Jahren des Vollzugs;
- e. bei einem Verbot nach Absatz 3, 4 oder 4^{bis}:
 - 1. wenn das Tätigkeitsverbot aufgrund einer Verurteilung gestützt auf Artikel 159 oder 159a angeordnet wurde: nach drei Jahren des Vollzugs;
 - 2. wenn das Tätigkeitsverbot aufgrund einer Verurteilung gestützt auf Artikel 156 Ziffer 1 oder 4 oder 157 verhängt wurde, für die der Täter zu einer Strafe von bis zu 6 Monaten Freiheitsstrafe oder 180 Tagessätzen Geldstrafe verurteilt worden ist: nach zehn Jahren des Vollzugs;
 - 3. in den übrigen Fällen: nach fünfzehn Jahren des Vollzugs.

^{6bis} Ist der Täter pädophil im Sinne der Psychiatrie, so darf das Verbot in einem Fall nach Absatz 5 Buchstabe e nicht aufgehoben werden. Die zuständige Behörde stützt sich bei ihrem Entscheid auf das Gutachten eines unabhängigen Sachverständigen.

II

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

(mise en œuvre de l'art. 123c Cst.)

Modification du ...

*L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,
vu le message du Conseil fédéral du ...¹,
arrête:*

I

Les actes mentionnés ci-après sont modifiés comme suit:

1. Code pénal²

Art. 19, al. 3

³ Les mesures prévues aux art. 59 à 61, 63, 64, 67, al. 1 et 2, 67b et 67e peuvent cependant être ordonnées.

Art. 67, al. 3, 4, 4^{bis}, 4^{ter} et 5 à 7

^{2bis} Le juge peut prononcer à vie une interdiction au sens de l'al. 2 s'il est à prévoir qu'une durée de dix ans ne suffira pas pour que l'auteur ne représente plus de danger. A la demande des autorités d'exécution, il peut prolonger de cinq ans en cinq ans au plus une interdiction limitée dans le temps prononcée en vertu de l'al. 2 lorsque cette prolongation est nécessaire pour empêcher l'auteur de commettre un nouveau crime ou délit de même genre que celui qui a donné lieu à l'interdiction.

³ Si l'auteur a été condamné pour un des actes suivants à une peine ou une mesure prévue aux art. 59, 60, 61, 63 ou 64, le juge lui interdit à vie l'exercice de toute activité professionnelle et de toute activité non professionnelle organisée impliquant des contacts réguliers avec des mineurs:

- a. traite d'êtres humains (art. 182) à des fins d'exploitation sexuelle, si la victime était mineure;

¹ FF 2012 ...

² RS 311.0

- b. actes d'ordre sexuel avec des enfants (art. 187), des personnes dépendantes (art. 188) ou des mineurs contre rémunération (art. 196);
- c. contrainte sexuelle (art. 189), viol (art. 190), actes d'ordre sexuel commis sur une personne incapable de discernement ou de résistance (art. 191), actes d'ordre sexuel avec des personnes hospitalisées, détenues ou prévenues (art. 192), abus de la détresse (art. 193), exhibitionnisme (art. 194), encouragement à la prostitution (art. 195) ou désagréments causés par la confrontation à un acte d'ordre sexuel (art. 198), si la victime était mineure;
- d. pornographie (art. 197):
 - 1. au sens de l'art. 197, al. 1 ou 3;
 - 2. au sens de l'art. 197, al. 4 ou 5, si les objets ou représentations avaient comme contenu des actes d'ordre sexuel avec des mineurs.

⁴ Si l'auteur a été condamné à une peine ou une mesure prévue aux art. 59, 60, 61, 63 ou 64 pour un des actes suivants et que la victime était un adulte particulièrement vulnérable, le juge interdit à vie à l'auteur l'exercice de toute activité professionnelle et de toute activité non professionnelle organisée impliquant des contacts réguliers avec des adultes particulièrement vulnérables:

- a. traite d'êtres humains (art. 182) à des fins d'exploitation sexuelle;
- b. contrainte sexuelle (art. 189), viol (art. 190), actes d'ordre sexuel commis sur une personne incapable de discernement ou de résistance (art. 191), actes d'ordre sexuel avec des personnes hospitalisées, détenues ou prévenues (art. 192), abus de la détresse (art. 193), exhibitionnisme (art. 194), encouragement à la prostitution (art. 195), pornographie (art. 197, al. 2, 1^{re} phrase, 4 ou 5) ou désagréments causés par la confrontation à un acte d'ordre sexuel (art. 198).

^{4bis} Si l'auteur a été condamné à une peine ou une mesure prévue aux art. 59 à 61, 63 ou 64 pour un des actes suivants et que la victime était un adulte qui, bien que n'étant pas particulièrement vulnérable, était au moment des faits incapable de résistance ou de discernement ou dans un état de dépendance physique ou psychique qui l'empêchait de se défendre, le juge interdit à vie à l'auteur l'exercice de toute activité professionnelle et de toute activité non professionnelle organisée impliquant des traitements ou des soins:

- a. traite d'êtres humains (art. 182) à des fins d'exploitation sexuelle;

- b. contrainte sexuelle (art. 189), viol (art. 190), actes d'ordre sexuel commis sur une personne incapable de discernement ou de résistance (art. 191), actes d'ordre sexuel avec des personnes hospitalisées, détenues ou prévenues (art. 192), abus de la détresse (art. 193), exhibitionnisme (art. 194), encouragement à la prostitution (art. 195), pornographie (art. 197, al. 2, 1^{re} phrase, 4 ou 5) ou désagréments causés par la confrontation à un acte d'ordre sexuel (art. 198).

Option 1:

^{4ter} Dans les cas de peu de gravité, le juge peut renoncer à prononcer une interdiction d'exercer une activité au sens des al. 3 à 4^{bis} s'il n'est manifestement ni nécessaire ni raisonnable de l'infliger à l'auteur. Il ne peut le faire si l'auteur a été condamné pour traite d'êtres humains (art. 182), contrainte sexuelle (art. 189), viol (art. 190), actes d'ordre sexuel commis sur une personne incapable de discernement ou de résistance (art. 191) ou encouragement à la prostitution (art. 195).

Option 2:

^{4ter} *Biffé*

⁵ Si, dans le cadre d'une même procédure, l'auteur a été condamné à une peine ou à une mesure pour plusieurs infractions, le juge détermine la peine ou la mesure qui correspond à une infraction donnant lieu à une interdiction d'exercer une activité. Il prononce une interdiction au sens des al. 1, 2, 3, 4 ou 4^{bis} en fonction de cette peine ou mesure et de l'infraction commise. Les parts de peine qui correspondent à plusieurs infractions entrant en ligne de compte pour une interdiction donnée s'additionnent. Le juge peut prononcer plusieurs interdictions d'exercer une activité.

⁶ Le juge peut ordonner une assistance de probation pour la durée de l'interdiction. Il l'ordonne dans tous les cas si l'interdiction a été prononcée pour un acte visé aux al. 3, 4 ou 4^{bis}.

⁷ *Abrogé*

Art. 67a, al. 4 à 6

⁴ Dans les cas visés à l'art. 67, al. 3 à 4^{bis}, l'activité est toujours totalement interdite.

⁵ Sont des activités impliquant des contacts réguliers avec des mineurs ou d'autres personnes particulièrement vulnérables:

- a. les activités exercées spécifiquement en contact direct avec des mineurs ou d'autres personnes particulièrement vulnérables, notamment:
 - 1. l'enseignement,
 - 2. l'éducation et les conseils,

3. la prise en charge et la surveillance,
 4. les soins,
 5. les examens et traitements de nature physique,
 6. les examens et traitements de nature psychologique,
 7. la restauration,
 8. les transports,
 9. la vente et le prêt directs d'objets destinés spécifiquement aux mineurs ou à d'autres personnes particulièrement vulnérables, ainsi que l'activité d'intermédiaire direct dans de telles ventes ou de tels prêts;
- b. d'autres activités exercées principalement ou régulièrement dans des établissements qui offrent les prestations visées à la let. a, à l'exception de celles dont l'emplacement ou l'horaire garantit qu'elles ne peuvent pas impliquer de contacts avec des mineurs ou d'autres personnes particulièrement vulnérables.

⁶ Par personnes particulièrement vulnérables, on entend des personnes qui ne peuvent pas accomplir les actes ordinaires de la vie ou déterminer entièrement leur existence sans l'assistance d'autrui en raison de leur âge, d'une maladie ou d'une infirmité physique ou psychique.

Art. 67c, al. 5, let. c à d et e, 6 et 6^{bis}

⁵ L'auteur peut demander à l'autorité compétente de lever l'interdiction ou d'en limiter la durée ou le contenu:

- c. *abrogée*
- d. pour les interdictions à vie au sens de l'art. 67, al. 2: après une période d'exécution d'au moins dix ans;
- e. pour les interdictions au sens des al. 3 à 4^{bis}:
 1. après une période d'exécution d'au moins trois ans si l'interdiction d'exercer une activité a été prononcée à la suite d'une condamnation pour une infraction au sens des art. 194, 197, al. 2, 1^{re} phrase, ou 198;
 2. après une période d'exécution d'au moins dix ans si l'interdiction d'exercer une activité a été prononcée à la suite d'une condamnation pour une infraction au sens des art. 187, ch. 1 ou 4, 188, 192, 193, 196 ou 197, al. 1, 3, 4 ou 5, par laquelle l'auteur s'est vu infliger six mois au plus de peine privative de liberté ou 180 jours-amende au plus de peine pécuniaire;
 3. après une période d'exécution d'au moins quinze ans dans les autres cas.

^{6bis} L'interdiction prononcée dans les cas visés à l'al. 5, let. e, ne peut être levée si l'auteur est pédophile au sens psychiatrique du terme. Pour prendre sa décision, l'autorité compétente se fonde sur une expertise indépendante.

Art. 369, al. 4^{quater}, 4^{quinquies} et 6, let. a

^{4^{quater}} Les jugements qui prononcent exclusivement une interdiction au sens des art. 67, al. 2, 3 à 4^{bis}, ou 67b du présent code ou des art. 50, al. 2, 3 à 4^{bis}, ou 50b CPM sont éliminés d'office après dix ans.

^{4^{quinquies}} Les jugements qui prononcent exclusivement une interdiction au sens de l'art. 16a DPMIn sont éliminés d'office après sept ans.

⁶ Le délai court:

- a. à compter du jour où le jugement est exécutoire, pour les jugements visés aux al. 1, 3, 4^{ter}, 4^{quater} et 4^{quinquies};

Art. 369a, 1^{re} phrase

Les jugements dans lesquels est prononcée une interdiction au sens des art. 67, al. 2, 3 à 4^{bis}, ou 67b du présent code, des art. 50, al. 2, 3 à 4^{bis}, ou 50b CPM³ ou de l'art. 16a DPMIn⁴ sont éliminés d'office dix ans après la fin de l'interdiction. ...

Art. 371a, al. 1 et 3, let. a

¹ Toute personne qui postule à une activité professionnelle ou à une activité non professionnelle organisée impliquant des contacts réguliers avec des mineurs ou d'autres personnes particulièrement vulnérables ou impliquant des traitements ou des soins ou qui exerce une telle activité peut demander un extrait spécial de son casier judiciaire.

³ Sont mentionnés dans l'extrait spécial:

- a. les jugements dans lesquels est prononcée une interdiction d'exercer une activité au sens de l'art. 67, al. 2, 3 à 4^{bis}, du présent code ou de l'art. 50, al. 2, 3 à 4^{bis}, CPM⁵;

³ RS 321.0

⁴ RS 311.1

⁵ RS 321.0

2. Code pénal militaire du 13 juin 1927⁶

Préambule

vu les art. 60, al. 1, et 123, al. 1 et 3, de la Constitution⁷,

Art. 50, al. 3, 4, 4^{bis}, 4^{ter} et 5 à 7

^{2^{bis}} Le juge peut prononcer à vie une interdiction au sens de l'al. 2 s'il est à prévoir qu'une durée de dix ans ne suffira pas pour que l'auteur ne représente plus de danger. A la demande des autorités d'exécution, il peut prolonger de cinq ans en cinq ans au plus une interdiction limitée dans le temps prononcée en vertu de l'al. 2 lorsque cette prolongation est nécessaire pour empêcher l'auteur de commettre un nouveau crime ou délit de même genre que celui qui a donné lieu à l'interdiction.

³ Si l'auteur a été condamné pour un des actes suivants à une peine ou une mesure prévue aux art. 59, 60, 61, 63 ou 64, le juge lui interdit à vie l'exercice de toute activité professionnelle et de toute activité non professionnelle impliquant des contacts réguliers avec des mineurs:

- a. contrainte sexuelle (art. 153), viol (art. 154), actes d'ordre sexuel commis sur une personne incapable de discernement ou de résistance (art. 155), exploitation d'une situation militaire (art. 157), exhibitionnisme (art. 159) ou désagréments causés par la confrontation à un acte d'ordre sexuel (art. 159a), si la victime était mineure;
- b. actes d'ordre sexuel avec des enfants (art. 156).

⁴ Si l'auteur a été condamné à une peine ou une mesure prévue aux art. 59, 60, 61, 63 ou 64 du code pénal pour un des actes suivants et que la victime était un adulte particulièrement vulnérable, le juge interdit à vie à l'auteur l'exercice de toute activité professionnelle et de toute activité non professionnelle impliquant des contacts réguliers avec des adultes particulièrement vulnérables: contrainte sexuelle (art. 153), viol (art. 154), actes d'ordre sexuel commis sur une personne incapable de discernement ou de résistance (art. 155), exploitation d'une situation militaire (art. 157), exhibitionnisme (art. 159) ou désagréments causés par la confrontation à un acte d'ordre sexuel (art. 159a).

^{4bis} Si l'auteur a été condamné à une peine ou une mesure prévue aux art. 59, 60, 61, 63 ou 64 du code pénal pour un des actes suivants et que la victime était un adulte qui, bien que n'étant pas particulièrement vulnérable, était au moment des faits incapable de résistance ou de discernement ou dans un état de dépendance physique ou psychique qui l'empêchait de se défendre, le juge interdit à vie à l'auteur l'exercice de toute activité professionnelle et de toute activité non professionnelle organisée impliquant des traitements ou des soins: contrainte sexuelle (art. 153), viol (art. 154), actes d'ordre sexuel commis sur une personne incapable de discernement ou de résistance (art. 155), exploitation d'une situation militaire (art. 157), exhibitionnisme (art. 159) ou désagréments causés par la confrontation à un acte d'ordre sexuel (art. 159a).

Option 1:

^{4ter} Dans les cas de peu de gravité, le juge peut renoncer à prononcer une interdiction d'exercer une activité au sens des al. 3 à ^{4bis} s'il n'est manifestement ni nécessaire ni raisonnable de l'infliger à l'auteur. Il ne peut le faire si l'auteur a été condamné pour contrainte sexuelle (art. 153), viol (art. 154) ou actes d'ordre sexuel commis sur une personne incapable de discernement ou de résistance (art. 155).

Option 2:

^{4ter} *Biffé*

⁵ Si, dans le cadre d'une même procédure, l'auteur a été condamné à une peine ou à une mesure pour plusieurs infractions, le juge détermine la peine ou la mesure qui correspond à une infraction donnant lieu à une interdiction d'exercer une activité. Il prononce une interdiction au sens des al. 1, 2, 3, 4 ou ^{4bis} en fonction de cette peine ou mesure et de l'infraction commise. Les parts de peine qui correspondent à plusieurs infractions entrant en ligne de compte pour une interdiction donnée s'additionnent. Le juge peut prononcer plusieurs interdictions d'exercer une activité.

⁶ Le juge peut ordonner une assistance de probation pour la durée de l'interdiction. Il l'ordonne dans tous les cas si l'interdiction a été prononcée pour un acte visé aux al. 3, 4 ou ^{4bis}.

⁷ *Abrogé*

Art. 50a, al. 4, 5 et 6

⁴ Dans les cas visés à l'art. 50, al. 3 à ^{4bis}, l'activité est toujours totalement interdite.

⁵ Sont des activités impliquant des contacts réguliers avec des mineurs ou d'autres personnes particulièrement vulnérables:

- a. les activités exercées spécifiquement en contact direct avec des mineurs ou d'autres personnes particulièrement vulnérables, notamment:
 - 1. l'enseignement,
 - 2. l'éducation et les conseils,
 - 3. la prise en charge et la surveillance,
 - 4. les soins,
 - 5. les examens et traitements de nature physique,
 - 6. les examens et traitements de nature psychologique,
 - 7. la restauration,
 - 8. les transports,
 - 9. la vente et le prêt directs d'objets destinés spécifiquement aux mineurs ou à d'autres personnes particulièrement vulnérables, ainsi que l'activité d'intermédiaire direct dans de telles ventes ou de tels prêts;
- b. d'autres activités exercées principalement ou régulièrement dans des établissements qui offrent les prestations visées à la let. a, à l'exception de celles dont l'emplacement ou l'horaire garantit qu'elles ne peuvent pas impliquer de contacts avec des mineurs ou d'autres personnes particulièrement vulnérables.

⁶ Par personnes particulièrement vulnérables, on entend des personnes qui ne peuvent pas accomplir les actes ordinaires de la vie ou déterminer entièrement leur existence sans l'assistance d'autrui en raison de leur âge, d'une maladie ou d'une infirmité physique ou psychique.

Art. 50c, al. 5, let. c à e, 6 et 6^{bi}

⁵ L'auteur peut demander à l'autorité compétente de lever l'interdiction ou d'en limiter la durée ou le contenu:

- c. *abrogée*
- d. pour les interdictions à vie au sens de l'art. 50, al. 2: après une période d'exécution d'au moins dix ans;
- e. pour les interdictions au sens des al. 3 à 4^{bis}:
 - 1. après une période d'exécution d'au moins trois ans si l'interdiction d'exercer une activité a été prononcée à la suite d'une condamnation pour une infraction au sens des art. 159 ou 159a;
 - 2. après une période d'exécution d'au moins dix ans si l'interdiction d'exercer une activité a été prononcée à la suite d'une condamnation pour une infraction au sens des art. 156 ou 157, par laquelle l'auteur s'est vu infliger six mois au plus de peine privative de liberté ou 180 jours-amende au plus de peine pécuniaire;

3. après une période d'exécution d'au moins quinze ans dans les autres cas.

^{6bis} L'interdiction prononcée dans les cas visés à l'al. 5, let. e, ne peut être levée si l'auteur est pédophile au sens psychiatrique du terme. Pour prendre sa décision, l'autorité compétente se fonde sur une expertise indépendante.

II

¹ La présente loi est sujette au référendum.

² Le Conseil fédéral fixe la date de l'entrée en vigueur.